



DR. OTTO BENESCH, VORSITZENDER

MEINUNG DES VORSITZENDEN

Als Griechenland in die EU aufgenommen wurde, beschäftigte man sich mehr mit den Sanktionen gegen Österreich als mit den tatsächlichen finanziellen Gegebenheiten des neuen Beitrittslandes. War ja viel einfacher, und bankenmäßig hat es damals – so wird berichtet – keine Auffälligkeiten gegeben. Was sich in der Zwischenzeit sehr geändert hat und zusätzlich zu den ungeheuren Verlusten, die die Weltwirtschaftskrise hervorgerufen hat, die übrigens aus derselben Ecke kam, die Griechenland bei seiner Aufnahme in die EU gut dastehen ließ, uns Geld kosten wird, dass einem der Atem wegbleibt.

Als Allheilmittel wird daher in Zukunft Sparen verordnet, eisernes Sparen, aber welche Belastungen auf uns zukommen werden, scheint vom Ergebnis von Landtagswahlen abzuhängen, über die der bittere Ernst der Lage auf ein Abstellgleis transferiert werden soll.

Begleitmusik in den Medien ist allerdings schon da, und auch politisch wird laut nachgedacht, wie die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden sollen, und zwar nur sie und nicht diejenigen, die ohnehin schon bluten müssen und noch weiter zur Ader gelassen werden.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich mit einem müden Lächeln an jene schon fast graue Vorzeit, als der Monatsbezug erstmalig über ein Gehaltskonto zu laufen hatte, und die damit zusammenhängenden, sich überpurzelnden Gratisangebote der Banken und wie lange dieser Zauber dann tatsächlich angehalten hat.

Um bei den Medien zu bleiben: Sie bestellen insofern schon die Felder und damit die öffentliche Meinung, dass nur durch einen kräftigen Aderlass im öffentlichen Dienst eine Budgetkonsolidierung zu erzielen ist, am besten mit Nulllohnrunden und Pensionskürzungen ohne Rücksicht auf Kaufkraftverluste, und die schon wieder munter ansteigende Inflation.

Derzeit bleibt uns nur zu hoffen, dass die Konjunktur tatsächlich in der nächsten Zeit so anspringt wie prognostiziert. Wir werden uns in der nahen Zukunft nicht in die Mühle der Neider pressen lassen, und das nicht mit leeren Ankündigungen und plakativen Aktionen, nur: Jetzt Forderungen aufzustellen, erscheint mir ebenso ominös wie die weitere Entwicklung der Staatsfinanzen in anderen südlichen Ländern.

Ihr Dr. Otto Benesch



Istrien

GÖD-Bildungsreise in die österreichische Vergangenheit: 3. bis 8. Oktober 2010

Programm

1. Tag Erstes Highlight unserer Bildungsreise ist die Fahrt durch das landschaftlich atemberaubend schöne Isonzotal. Wir gelangen nach Kobarid, wo sich ein Museum über den Ersten Weltkrieg befindet. Es gibt Einblick über die Schlachten zwischen Italien und Österreich-Ungarn. Unsere Tagesetappe endet in Triest, wo wir übernachten.
2. Tag Am Vormittag genießen wir eine Stadtführung durch Triest. Die Stadt besaß einen der wichtigsten Mittelmeerhäfen der Donaumonarchie. Nachmittags ist eine Besichtigung des Schlosses Miramare vorgesehen, wo sich Kaiserin Elisabeth wiederholt aufgehalten hat.
3. Tag Wir fahren weiter ins Innere Istriens mit den Bergstädten Motovun und Groznanj und besichtigen Pazin im Herzen der Halbinsel. Unser Tag endet in Pula, wo wir nächtigen.
4. Tag An diesem Tag ist ein Ausflug nach Rovinj und Poreč geplant. Außerdem unternehmen wir eine Bootsfahrt im 660 Meter breiten Limfjord.
5. Tag Vormittags ist eine Stadtbesichtigung in Pula vorgesehen, und nachmittags steht ein Bootsausflug von Fažana zum Nationalpark Brijuni-Insel auf dem Programm.
6. Tag Heimreise über Abbazia, wo wir eine kurze Rast einlegen.

Pauschalpreis pro Person: € 545,-
Einbettzimmerzuschlag: € 49,-

Inkludierte Leistungen:

Fahrt mit Komfortbus ab/bis Wien, Übernachtung in ***-Hotels mit Halbpension. Alle Ausflüge und Eintritte laut Programm.
Örtliche deutschsprachige Reiseleitung.



27

GÖD | 5_2010

Anmeldung schriftlich bis spätestens 16. August 2010 unter Anführung folgender Daten: Name, Mitgliedsnummer, Adresse, Telefonnummer und Namen weiterer Personen, an:
Edith Osterbauer, Bundesvertretung Pensionisten,
1010 Wien, Schenkenstraße 4/5,
Fax: 01/534 54-388, E-Mail: office.bs22@goed.at



EDV-Kurs für Neueinsteiger und mäßig Fortgeschrittene

Die Bundesvertretung Pensionisten plant für Herbst 2010 einen 16 Stunden dauernden EDV-Grundkurs durch ausgebildete EDV-Lehrer. Kostenbeitrag voraussichtlich 80 Euro. Interessenten können sich bei der Bundesvertretung Pensionisten, Tel.: 01/534 54 DW 311, Frau Dauböck, melden.

Für diesen Kurs kann kein Bildungsbeitrag der GÖD in Anspruch genommen werden.

FINANZKRISE:

Budgetsanierung durch Massensteuern?

Bundesvertretung GÖD-Pensionisten: Viele Pensionen, besonders jene der Beamten im öffentlichen Dienst, haben im letzten Dezennium bis zu 20 Prozent und mehr an Realwert eingebüßt. Mit welchen Maßnahmen wird der Österreichische Seniorenrat diesem Trend entgegensteuern?

Karl Blecha: Die Pensionen haben zwischen 2000 und 2006 einen Realwertverlust von 11 Prozent erlitten. Pensionen unter 1000 Euro wurden real um 7,5 Prozent, Pensionen über 2500 Euro um 17 Prozent gekürzt. Die Regierungen zwischen 2001 und 2005 verweigerten dem Seniorenrat direkte Verhandlungen. Die Seniorenverbände erzwangen solche mit Kampfmaßnahmen und Unterschriftenaktionen. Das Resultat: Seit 2007 haben nicht zuletzt durch die Berücksichtigung des Preisindex für Pensionistenhaushalte Pensionen unter 1000 Euro überhaupt keine Wertverluste mehr erlitten, bei Pensionen über 2500 Euro wurden diese auf zirka 3 Prozent eingebremst. Der Seniorenrat hat Direktverhandlungen mit der Bundesregierung auch für die kommenden Jahre sichergestellt und wird seinen Kurs der Wertsicherung fortsetzen. Die Vermeidung von realen Wertverlusten höherer Pensionen war durch die Einziehung einer mit 60 Prozent der Höchstbeitragsgrundlage im ASVG errechneten Grenze, bis zu der prozentuelle Teuerungsanpassungen wirksam werden, unmöglich. Diese Grenze, auch „Deckel“ genannt, hat ab 2011 keine gesetzliche Grundlage mehr und muss daher im Herbst 2010 neu verhandelt werden. Eine weitere Kürzung aller Pensionen im öffentlichen Dienst gibt es durch den Pensionsbeitrag, früher Pensionsversicherungsbeitrag genannt. Der Seniorenrat fordert vehement die Abschaffung dieses ungerechtfertigten Beitrages.

Im Umfeld der jährlichen Verhandlungen zur Anpassung der Pensionen kommt es, von Medien geschürt, immer öfter zu Konflikten zwischen den Generationen. Welche Bedeutung messen Sie dem Generationenvertrag zu? Ist er ein Auslaufmodell?

Karl Blecha: Dem Generationenvertrag kommt größte Bedeutung zu. Er ist nicht nur als Finanzierung der Pensionen durch die Beiträge der Erwerbstätigen zu sehen, sondern findet immer neue Ausprägungen durch Direkttransfers von Alt zu Jung, durch Enkelkinderbetreuung, über neue Formen der Freiwilligenarbeit bis zur Vererbung. Der Seniorenrat pflegt den Generationendialog mit der Bundesjugendvertretung und wirkt mit der Veröffentlichung von Beispielen der Generationensolidarität wirksam dem Schüren von Generationenkonflikten entgegen. Ein Mittel der Bekämpfung der Diffamierung der älteren Generation in den Medien ist die Verleihung der „Nessel“ für diskriminierende und der „Rose“ für wahrheitsgetreue Berichterstattung.

Wie sicher sind in Zukunft unsere Pensionen, und haben die Jungen noch Aussicht auf eine ausreichende Altersversorgung?

Karl Blecha: Die Jungen haben die Gewähr einer ausreichenden Altersversorgung, wenn es uns gelingt, kontinuierlich Beschäftigung und Wachstum zu erhalten. Nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird für die nächsten Jahrzehnte ein durchschnittliches Wachstum von 1,5 bis 2 Prozent prognostiziert. Das Wachstum der jährlichen Pensionskosten wird aber im nächsten halben Jahrhundert mit 0,9 Prozent angegeben, also nur halb so hoch wie die Vermehrung unseres Reichtums!
Zur Bewältigung der Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise und zur Ankurbelung unserer Wirtschaft



musste Österreich große Finanzmittel aufwenden. Jetzt wird über Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und neue Steuern nachgedacht. Was ist dazu Ihre Meinung als Seniorenvertreter?

Karl Blecha: Als Seniorenvertreter bekämpfe ich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Kaufkraftminderung der Pensionen, weil dadurch die Konjunkturbelebung verhindert wird. Eine Budgetsanierung durch Massensteuern, die die Kosten der Krisenbewältigung einseitig auf PensionistInnen, ArbeitnehmerInnen und den Mittelstand überwälzt, kommt so lange nicht in Frage, solange die gegenwärtigen Steuerungerechtigkeiten nicht beseitigt und jene nicht zur Kasse gebeten sind, die die Krise verursacht haben.

Wir haben den stabilen Schilling für einen vermeintlich noch stabileren Euro aufgegeben. Bringen jetzt die Finanzkrisen in einigen Volkswirtschaften der EU (Beispiel: Griechenland) den Euro in Gefahr?

Karl Blecha: Die derzeit bekannten und befürchteten Finanzkrisen europäischer Länder bringen den Euro nicht in Gefahr. Der amerikanische Staat hat eine Billion Dollar in Banken, Versicherungsunternehmen (AIG etc.) und Industriekonzerne (General Motors etc.) gepumpt, um sie vor dem Totalzusammenbruch zu retten. Die EU hat genauso viel, nämlich 750 Milliarden Euro, allerdings nur an Haftungsgarantien, als Netz für Finanz-

krisen à la Griechenland beschlossen. Der Dollar, die Währung der dreimal so hoch wie Europa verschuldeten USA, ist nicht in Gefahr. Also kann es erst recht nicht der Euro sein, die Währung wirtschaftlich kräftiger und weniger verschuldeter europäischer Staaten, die Haftungen übernommen haben und damit Sicherheit garantieren.

Letzte Frage: Was sind zukünftig die Schwerpunkte Ihrer Seniorenpolitik?

Karl Blecha: Die Schwerpunkte der Seniorenpolitik sind:

- Wertsicherung der Pensionen
- Sicherung einer leistbaren Pflege und Betreuung durch Errichtung eines steuerfinanzierten Pflegefonds
- Förderung und Sicherung der Teilhabemöglichkeit der älteren Menschen am sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Leben
- Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen, auch durch Ausbau des Bonus-Systems bei Pensionen
- Förderung lebenslangen Lernens und konkrete Projekte im Alter
- Förderung von aktivem Altern durch Gesundheitsvorsorge, Teilnahme am Leben der sozialen Umgebung und Verbesserung der Lebensqualität

Zur Person

Karl Blecha, Soziologe, Jahrgang 1933, studierte nach der Matura an der Universität Wien Psychologie, Ethnologie und Soziologie. Er begann seine politische Karriere in den Jugendorganisationen der SPÖ, war von 1970 bis 1983 Abgeordneter zum Nationalrat und von 1983 bis 1989 Innenminister. Seit 1999 ist er Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs und Präsident des Österreichischen Seniorenrates, dessen Vorsitz er 2011 innehaben wird.

